



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 9. Januar 1886.

Nr. 14.

Deutscher Reichstag.

20. Plenar Sitzung vom 8. Januar.

Das Haus und die Tribünen sind spärlich besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern Staatsminister v. Bötticher nebst Kommissar, später preussischer Minister für öffentliche Arbeiten Staatsminister Maybach.

Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der Präsident meldet das Ableben des Abg. Bissering (nat. lib.), sowie die Mandatenübertragung des Abg. Ebert (deutsch-cons.), welcher den 19. sächsischen Wahlkreis vertrat.

Eingegangen ist u. a. während der Wechnachtspause die neue Zuckersteuer-Vorlage.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und genehmigt zunächst ohne Debatte in dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1885/86.

Es folgt eine Reihe von mündlichen Berichten über eine Anzahl von Beschlüssen der Wahlprüfungskommission und das Haus erklärt diesen Beschlüssen entsprechend die Wahlen der Abgg. v. d. Osten (deutsch-cons.), Schenk, Dr. Hänel (beide letzteren deutsch-cons.) für gültig, während bezüglich der Wahlen der Abgg. Buberus und Ulrich (beide nat. lib.) ein älterer Beschluss des Hauses für erledigt erklärt und bezüglich der Wahl des Abg. v. Wurmb (deutsche Reichspartei) eine af Bervollständigung des Altenmaterials abzuleitende Resolution beschlossen wird; als Berichterstatter fungirten bei diesen Berichten die Abgg. Schmidt, Spahn (beide Mitglieder des Zentrums) und Liebknecht (Sozialdem.)

Eine kurze Debatte veranlaßte lediglich das Referat des Abg. Liebknecht, welcher das Verfahren der Polizei gegenüber den sozialdemokratischen Versammlungen einer abfälligen Kritik unterzog, worauf die

Abgg. v. Köllner (deutsch-conservativ) und Franke (nat. lib.) erklärten, daß der von dem Referenten geltend gemachte Standpunkt nicht der der Majorität sei, während sich die

Abgg. Richter und Dirichlet (beide deutsch-cons.) den Ausführungen des Referenten anschlossen.

Nachdem der Abg. v. Köllner den Standpunkt der Oppositionsredner nochmals bekämpft und nachdem

Staatssekretär v. Boetticher den Nachweis geführt, daß die Reichsregierung in dem von der Linken monirten Falle völlig korrekt verfahren sei, genehmigt das Haus, wie bereits erwähnt, den Beschluss der Kommission.

Dasselbe ist der Fall bezüglich der Wahl des Abg. Gebhard (nat. lib.), welche nach dem Antrage des

Abg. Spahn (Zentrum) unter gleichzeitiger Annahme einer Resolution für gültig erklärt wird. Als letzter Gegenstand folgt die zweite Beratung des Etats der Verwaltung der (Reichs-) Eisenbahnen, welcher durchweg nach den Beschlüssen der Budgetkommission (Berichterstatter Abg. Schrader (deutsch-cons.)) ohne weitere Debatte angenommen wurde, während der von dem

Abg. Irben, Zorn v. Bulach (Elsaß-Lothringer) befürwortete Bau einer Eisenbahn von Rothan nach Saales von dem Kommissar der verbündeten Regierungen als durch die veränderten Verhältnisse in den Reichsländern gegenstandslos bezeichnet wurde.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr.

Tagesordnung: Erste Beratung der Nord-Ostsee-Kanal-Frage.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. Die von dem Herrn v. Wipleben-Wendelstein herausgegebene „Internationale Revue über die gesammten Armeen und Flotten“ bringt von Zeit zu Zeit Aufsätze, die ihrer allgemeinen, nicht ausschließlich militärischen Bedeutung wegen auch in größeren Kreisen bemerkt zu werden verdienen. Einen solchen Aufsatz enthält das soeben erschienene Januarheft: „Die Zivilversorgung der Offiziere des deutschen Heeres.“ Angesichts der großen Anzahl Offiziere,

welche alljährlich in verhältnismäßig jungem Alter aus militärischen Rücksichten die Armeelassen muß, ist die Frage: welcher Beruf steht einem ehrenvoll verabschiedeten Offizier offen, der ihn und seine Familie ernährt, von großer Wichtigkeit — nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Berufsarten, in welchen sie fördern wirken sollen. Der Verfasser des sehr anregend geschriebenen Aufsatzes zählt zunächst alle diejenigen Aemter auf, die einem pensionirten Offizier sich darbieten, und erörtert in jedem einzelnen Fall die Aussichten, die sich ihm eröffnen, der Weg, der zur Erlangung des betreffenden Amtes führt, die Anforderungen, die er stellt, die Höhe des Einkommens u. s. w. Aus seiner Zusammenstellung, meines Wissens der ersten, die es in dieser Art giebt, geht hervor, daß dem strebsamen Offizier ein weites Feld zur Verfügung steht, auf dem er sich und den Seinen ein gesichertes Dasein begründen kann, — aber der Verfasser glaubt, es könne noch bedeutend erweitert werden, wenn Städteverwaltungen, industrielle Unternehmungen, Versicherungsgesellschaften, Güter- und Forstverwaltungen mehr als bisher für Agenten-, Kassierer-Stellen u. dgl. auf ehrenvoll verabschiedete Offiziere rücksichtigen wollten, Stellen, zu welchen diese zwei nicht zu unterschätzende Eigenschaften mitbringen: „Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit.“ — Eine große Schwierigkeit, mit der fast jeder „Militäranwärter“ zu kämpfen hat — man verzeihe diese haarsträubende Bezeichnung für einen geduldiven Wartenden — besteht anerkanntermaßen darin, zu erfahren, wo eine freie Stelle zu finden ist, und diese Schwierigkeit ist wohl auch der Grund zu der so oft gehörten Klage, daß es einem stellesuchenden Offizier trotz unermüdligen und manchmal demüthigenden Anstrengungen nicht möglich sei, einen auch noch so bescheidenen Posten zu erhalten. Diesem Uebelstande abzuhelfen schlägt nun der Verfasser vor: eine Zentral-Ankunftsstelle zu gründen, wo Angebot und Nachfrage aus dem ganzen weiten Reiche zusammenfließen; als die am besten geeignete Behörde zur Uebernahme dieses Amtes bezeichnet er den „Deutschen Offizier-Verein“, dem die Protection der höchsten Behörden und das allseitige Vertrauen zur Seite stehe. Einer Erwägung wenigstens scheint dieser Gedanke werth zu sein, um so mehr, als seine Ausführung sich ohne wesentliche Kosten würde bewerkstelligen lassen, ein Vorzug, der sich bekanntlich nicht allen militärischen Projekten nachrühmen läßt.

Die „Epoca“ publizirt heute den Wortlaut der Proposition Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. als Vermittler in der Karolineninsel-Angelegenheit. In der Vorrede erkennt man die alten Rechte Spaniens auf die Insel an, welche sich aus den im päpstlichen Archiv befindlichen Dokumenten der Propaganda ergeben, darauf werden die Ansprüche Englands und Deutschlands nebst diversen Beweismitteln recapitulirt und schließlich die Artikel 1, 2 und 3 des Protokolls, datirt Madrid, 11. März 1877, betreffs des Tulu-Archipels zur Vereinbarung vorgeschlagen. Deutschland erhält Freiheit des Handels, der Schifffahrt und des Fischfangs, Erlaubniß zur Anlegung eines Seehafens und Kohlendepots der kaiserlichen Marine, zur Erwerbung von Grundeigenthum und Schließung von Verträgen mit Eingeborenen. Spanien verpflichtet sich bei Uebernahme der Oberhoheitsrechte der Karolinen- und Palos-Inseln eine thatkräftige (suerte) Regierung dort einzusetzen. Der Vertrag tritt im Falle der Zustimmung innerhalb von acht Tagen in Kraft und trägt Herrn von Schölzer's Unterschrift und das Datum Rom, 17. Dezember 1885. Die Grenzen sind der Aequator und der 11. Gr. nördl. Breite, der 133. und 164. Gr. östl. Länge.

Die Pariser Blätter stoßen Alarmrufe aus, weil die englische Neu-Hebriden-Gesellschaft ihre Pflanzungen angeblich an Deutsche verkauft habe, welche nun voraussichtlich die Anelgnung der Neu-Hebriden an Deutschland herbeiführen würden.

Der deutsche Landwirtschaftsrath, der heute seine 14. Plenarversammlung eröffnet, hat auch diesmal wiederum einen sehr umfassenden Bericht über seine Thätigkeit im verfloßenen Jahre veröffentlicht. Interessant ist eine Eingabe an den Chef der Admiralität, General-Lieutenant v.

Caprivi, die dahin geht, es möge bei der Verproviantirung der deutschen Kriegsmarine in Zukunft mehr als bisher darauf gesehen werden, daß die betreffenden Artikel deutschen Ursprungs seien. Der Chef der Admiralität hat darauf geantwortet, daß er den Wünschen der Petenten nach Möglichkeit entsprechen werde. — Die diesjährige Plenarversammlung wird sich u. A. mit der Währungsfrage, der Reform der Zuckersteuer und der Reform der Branntweinsteuer beschäftigen. — Die heutige erste Sitzung trat, nach einigen einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden v. Wedell-Malschow und nach einer Begrüßungsansprache des Vertreters der Regierung Geh. Rath Dr. Hagens, alsbald in die Berathung über den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Aufnahme des Anerberechts in das bürgerliche Gesetzbuch ein, worüber in längerer Rede Professor v. Maslowski-Breslau berichtete.

Papst Leo XIII. hat, wie dem Pariser „Monde“ telegraphirt wird, aus Anlaß des Regierungs-Jubiläums an Kaiser Wilhelm einen eigenhändigen Brief gerichtet, in dem er demselben seine Glückwünsche ausdrückt und u. A. seine Hoffnung auf baldige, zufriedenstellende Erledigung der schwebenden religiösen Fragen ausdrückt und der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen des Kaisers die Sache der katholischen Missionen in den Reichskolonien empfiehlt. Dem „Monde“ wird ferner die Abendung eines päpstlichen Schreibens an König Ludwig von Baiern gemeldet, in welchem dieser gebeten wird, sich beim Kaiser für die katholischen Missionen zu verwenden.

Unter den Unternehmungen, welche im Gefolge der deutschen Kolonialpolitik entstanden sind, gebührt, was thatkräftiges und erfolgreiches Vorgehen anlangt, der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft offenbar der erste Rang. Die Leiter dieser Gesellschaft haben sich nicht, wie die der übrigen, auf bereits unter deutschen Schutz gestellten Gebieten auszubreiten gesucht; sie sind ihrerseits mit dem Abschluß von Verträgen vorgegangen, von denen sie gar nicht wissen konnten, ob dieselben die nachträgliche Genehmigung der Reichsregierung finden würden, was in der That um so zweifelhafter war, als die später ja auch wirklich eingetretene Zerwürfniß mit dem Sultan von Sansibar von vornherein für wahrscheinlich gelten mußten. Angenehm konnten die deutschen Unternehmungen in Ostafrika diesem Herrscher unmöglich sein, da sie seine bis dahin unanfechtbaren Ansprüche auf die Beherrschung nicht nur eines bedeutenden Theils der Küste nördlich und südlich von Sansibar, sondern auch des Innern unter allen Umständen zu beschränken drohten.

Aller dieser Schwierigkeiten ungeachtet ist es der aus den kleinsten Anfängen erwachsenen Gesellschaft bis jetzt in wenig mehr als Jahresfrist gelungen, über ein Gebiet von gegen 30,000 Quadrat-Meilen Verträge abzuschließen, von denen zunächst allerdings nur ein kleiner Theil unter deutschen Schutz gestellt worden ist, da die leitenden Kreise in Berlin sich von der Auffassung leiten lassen, daß kaiserliche Schutzbriefe nur da ertheilt werden sollen, wo über die rechtliche Unanfechtbarkeit der abgeschlossenen Verträge schlechterdings kein Zweifel bestehen kann. Daß die Feststellung dieser Thatfachen unter den in Ostafrika herrschenden Verhältnissen eben nicht leicht ist, bedarf des Beweises nicht. Nirgends in der Welt sind die Grenz- und Hoheitsfragen so verwickelter und schwieriger, weil unaufhörlich schwankender und wechselnder Natur als in Afrika, so weit es von unabhängigen Stämmen bewohnt wird. Die wichtigste der hier zu lösenden Aufgaben besteht selbstverständlich in der genauen Grenzregulirung mit Sansibar, mit der eine gemischte Kommission von deutschen, englischen und französischen Beamten eben jetzt beschäftigt ist. Erst wenn diese Fragen erledigt sind, wird die Gesellschaft mit aller Kraft an ihre eigentliche Arbeit gehen können, d. h. dem Handel mit dem Innern und der Bebauung des Bodens neue Wege zu eröffnen suchen.

Auch in Südwestafrika sind neue Verträge, insbesondere mit dem Könige Mahaperero und einigen anderen, weniger bedeutenden Häuptlingen abgeschlossen worden, welche eine nicht unerhebliche Erweiterung unserer dortigen Grenzen nach Osten zur Folge haben. Nach der mit England ge-

troffenen Vereinbarung bildet der 20. L.-Gr. die Grenze gegen die von Großbritannien beanspruchten Gebietstheile des mittleren Südafrika, das heißt die eigentliche Kalahari-Wüste, die übrigens auch große Strecken von gutem Weideland und selbst mächtige Waldpartien enthält. Durch die jüngst zu Stande gekommene Vereinbarung mit Frankreich ist unser westafrikanischer Küstenbesitz im Norden des Aequator in der Weise abgegrenzt worden, daß Deutschland ganz Togo-Land mit Klein-Bopo, sowie das Kamerun-Gebiet vom Nord-Kei bis zum Campo erhält, während Dabreka (in Senegambien) und die Küste südlich am Campo-Flusse die Gabe Frankreich überlassen wird. Weitere Verschiebungen sind nun wohl ausgeschlossen, da es unseres Wissens an der ganzen Küste sog. „herrenloses“ Land nicht mehr giebt. Diese Entwidlung aber hat sich in noch nicht zwei Jahren vollzogen. Um Mitte 1884 noch waren sehr viele Strecken da, die keine europäische Macht je für sich in Anspruch genommen hatte, obwohl der Verkehr mit Westafrika seit vier Jahrhunderten lebhaft genug gewesen ist.

Präsident Cleveland hat dem Senate der Vereinigten Staaten Schriftstücke vorgelegt über die Schritte, welche seitens der amerikanischen Regierung gethan wurden, um die Ansichten der auswärtigen Regierungen über die Feststellung eines internationalen Verhältnisses zwischen Gold und Silber zu erfahren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Januar. Ein freiwilliges, außergerichtliches Arrangement eines seine Zahlungen einstellenden Schuldners mit seinen Gläubigern auf Zahlung nur eines Theils seiner Schulden kann nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 13. Zivilsenat, vom 21. November v. J., von einem der dem Arrangement beigetretenen Gläubiger angefochten werden, wenn er durch positiv unwahre Vorpiegelungen oder durch absichtliches Verschweigen der wahren Sachlage in den Irrthum versetzt worden war, daß eine Bevorzugung anderer Gläubiger nicht stattfinden werde, während solche Bevorzugungen thatsächlich doch stattgefunden haben, und er dadurch zum Beitritt zum Arrangement bestimmt worden war.

Auf den Beschluss des Bundesrathes vom 26. November sind die Eisenbahndirektionen vom Minister der öffentlichen Arbeiten angewiesen worden, hinfort als allgemeine Bezeichnung aller Anhalte- und Aufenthaltstellen den Ausdruck „Station“ einzuführen; diese Stationen zerfallen in folgende Unterarten: Stationen mit bedeutenderem Verkehr sind als „Bahnhöfe“, Stationen mit geringerem Verkehr, welche mit mindestens einer Weiche für den öffentlichen Verkehr versehen sind, als „Haltestellen“, und Stationen ohne eine solche Weiche sind als „Haltepunkte“ zu bezeichnen.

In der Woche vom 27. Dezember 1885 bis 2. Januar 1886 kamen im Regierungsbezirk Stettin 141 Erkrankungen und 18 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; auch in dieser Woche ist Diphtherie mit 89 Erkrankungen und 13 Todesfällen am stärksten vertreten; die meisten Erkrankungen zeigten sich in den Kreisen Saahig (20), Naugard (16) und Demmin (13); in Stettin kamen nur 5 Erkrankungen und 1 Todesfall vor. Es folgen Scharlach und Röteln mit 30 Erkrankungen (3 Todesfällen), davon 7 Erkrankungen (1 Todesfall) in Stettin. An Masern erkrankten 11 Personen (1 Todesfall), davon 10 im Kreise Anklam, 1 in Stettin, an Darm-Typhus erkrankten 9 Personen, davon 1 in Stettin, und an Kindbettfieber 2 Personen (1 Todesfall).

(Personal-Chronik.) Dem Kataster-Kontrollleur Steuer-Inspektor Neulirch aus Gardelegen ist die kommissarische Verwaltung der Kataster-Inspektorstelle bei der königlichen Regierung zu Stettin übertragen worden. — Am Schullehrer-Seminar zu Pölitz ist der Hilfslehrer Ernst Pfufl fest angestellt. — In Nörenberg, Synode Jakobshagen, ist der Rektor Agahd fest angestellt. — In Pommerensdorf, Synode Land Stettin, ist der zweite Lehrer Stodk provisorisch angestellt. — Die durch das Ableben des bisherigen Inhabers erledigte Försterstelle zu Buchenhain, Forstrevier Mühlentee, ist vom 1. Februar d. J. ab dem

